**Europäisches Parlament**
2019-2024

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

**2022/0117(COD)**

24.5.2023

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Rechtsausschuss

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“)
(COM(2022)0177 – C9-0161/2022 – 2022/0117(COD))

Verfasserin der Stellungnahme (*): Ramona Strugariu

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

PA_Legam

## KURZE BEGRÜNDUNG

Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen) sind kein neues Problem für die Europäische Union. Wie von mehreren unabhängigen Organisationen, die das Phänomen überwachen, dokumentiert wird, ist die Zahl solcher Klagen in Europa stetig gestiegen. Nach der Ermordung der maltesischen Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia im Oktober 2017 wurden die Untersuchungen und das Bewusstsein für dieses Thema intensiviert. Zum Zeitpunkt ihres Todes waren 48 solcher Verfahren gegen Daphne Caruana Galizia anhängig. Diese missbräuchlichen Verfahren wurden auch nach ihrem Tod fortgesetzt, als sie auf ihre Familienangehörigen übertragen wurden, was diese finanziell und psychologisch enorm belastete.

Untersuchungsarbeiten der Anti-SLAPP-Koalition in Europa (CASE) haben gezeigt, dass die Zahl der SLAPP-Klagen seit 2016 kontinuierlich gestiegen ist, wobei die Zahlen 2021 um über 400 % gestiegen sind. Die CASE-Studie unterstreicht das Ausmaß des Problems und betont, dass allein in Kroatien bis April 2021 fast 1 000 laufende Klagen gegen Medien festgestellt wurden. In der Studie wurden verschiedene Beispiele aus verschiedenen Mitgliedstaaten wie Polen, Frankreich, Italien, Malta oder Slowenien aufgeführt, wobei die europäische Dimension des Problems und die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Lösung hervorgehoben wurden.

SLAPP-Klagen können entweder vollständig oder teilweise unbegründete Klagen sein. Die beiden gemeinsamen Merkmale bei SLAPP-Klagen sind jedoch die missbräuchliche Nutzung des Gerichtsverfahrens und ihre Verwendung im Zusammenhang mit öffentlicher Beteiligung. SLAPP-Klagen werden daher zu anderen Zwecken als der tatsächlichen Geltendmachung, Verteidigung oder Ausübung eines Rechts erhoben und zielen vielmehr darauf ab, die öffentliche Beteiligung zu verhindern, einzuschränken oder zu sanktionieren. Durch den Missbrauch des Justizsystems verursachen SLAPP-Klagen nicht nur erhebliche finanzielle und psychische Schäden bei ihren Opfern, sondern schränken auch den Zugang zur Justiz für andere Bürger ein, indem sie das Justizsystem übermäßig belasten. Solche Klagen sind oft durch ein Machtungleichgewicht gekennzeichnet, aber nicht immer. Die Existenz mehrerer Verfahren, die Unverhältnismäßigkeit der Klage sowie die Anwendung dilatorischer und schikanöser Taktiken sind weitere Anhaltspunkte für die Missbräuchlichkeit von SLAPP-Klagen. Der gewählte Ansatz besteht darin, eine klare Definition zu schaffen, die sowohl offenkundig unbegründete Klagen als auch Klagen umfasst, die zwar eine gewisse rechtliche Grundlage bieten, aber die oben genannten Merkmale aufweisen und zu einem Rechtsmissbrauch führen.

SLAPP-Klagen können verschiedene Kategorien von Opfern betreffen. Opfer können sowohl natürliche als auch juristische Personen sein, von Journalisten und Medien bis hin zu Aktivisten, Redakteuren, Menschenrechtsverteidigern und sogar einzelne Privatpersonen können Opfer sein. Gemeinsames Merkmal dieser Kategorien ist ihr Engagement für die öffentliche Beteiligung. SLAPP-Klagen können direkt oder indirekt gegen Personen erhoben werden, die sich öffentlich beteiligen, und können sich auch gegen Personen richten, die an damit verbundenen vorbereitenden oder unterstützenden Aktivitäten beteiligt sind. Die vorliegende Richtlinie muss für alle diese Kategorien einen angemessenen Schutz bieten.

Damit dieses Problem effizient und umfassend angegangen werden kann, muss die Definition

des Begriffs „öffentliche Beteiligung“ auch auf Tätigkeiten ausgeweitet werden, die in Ausübung verschiedener Rechte – neben der Meinungs- und Informationsfreiheit – durchgeführt werden. Konkrete Situationen haben gezeigt, dass die Definition eine nicht erschöpfende Liste enthalten sollte, die unter anderem die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie die akademischen Freiheiten umfasst. Angesichts der hohen Zahl von SLAPP-Klagen gegen Journalisten und Medienschaffende ist es von entscheidender Bedeutung, dass Medienpluralismus und Medienfreiheit unter die Definition dessen fallen, was eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse im Zusammenhang mit öffentlicher Beteiligung ist.

Damit diese Richtlinie die erwünschte Wirkung entfalten kann, Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor missbräuchlichen Rechtsstreitigkeiten zu schützen, müssen in ihren Bestimmungen mehrere Verfahrensgarantien festgelegt werden, darunter ein wirksames Verfahren zur vorzeitigen Einstellung, das entweder von Amts wegen oder auf Antrag des Beklagten zur Verfügung steht. Für die Zulässigkeit eines Mechanismus der vorzeitigen Einstellung darf keine höhere Schwelle gelten als für andere Verfahrensgarantien. Die Richtlinie darf nicht zwischen verschiedenen Kategorien von SLAPP-Klagen unterscheiden. Zu diesem Zweck wird der Mechanismus ausgeweitet und allen Opfern von SLAPP-Klagen zugänglich gemacht. Der vorgeschlagene Ansatz in Bezug auf die Verfahrensgarantien und insbesondere den Mechanismus der vorzeitigen Einstellung besteht darin, die Dichotomie der Kommission zwischen offensichtlich unbegründeten und missbräuchlichen Fällen aufzugeben.

Für die Zwecke eines wirksamen Mechanismus der vorzeitigen Einstellung liegt die Beweislast für die gerichtliche Beurteilung in der Sache beim Kläger. Der vorgeschlagene Ansatz sieht vor, dass der Kläger nur dann einen fumus boni iuris für jedes Element des Klagegrundes erbringen muss, wenn er davon überzeugt ist, dass die Forderung nicht missbräuchlich ist. Diese Schwelle stellt ein Gleichgewicht zwischen den Rechten des Beklagten und dem Recht auf Zugang zur Justiz auf Seiten des Klägers dar, da die ursprüngliche Verfügbarkeit des Mechanismus der vorzeitigen Einstellung nur für offenkundig unbegründete Fälle aufgegeben wurde.

Der Vorschlag der Kommission ist ein hervorragender erster Schritt zur Beendigung des Klagemissbrauchs im Zusammenhang mit öffentlicher Beteiligung und kommt zu einer Zeit, in der Statistiken die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Lösung aufzeigen. Mit dem Vorschlag würde jedoch nur ein kleiner Teil des Problems angegangen, da die Zuständigkeit auf Unionsebene in verfahrensrechtlichen Fragen begrenzt ist. Daher ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten weitere Maßnahmen ergreifen, die die auf Unionsebene getroffenen Maßnahmen ergänzen. Bei Inkrafttreten dieser Richtlinie sollten die Mitgliedstaaten die Ausweitung dieser Bestimmungen nicht auf grenzüberschreitende Fälle in Zivil- und Handelssachen beschränken, sondern sie auch auf innerstaatliche und strafrechtliche Fälle ausdehnen. Gleichzeitig sollte die Kommission nach dem Überprüfungszeitraum auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, gegen strafrechtliche Fälle von SLAPP-Klagen durch geeignete rechtliche Maßnahmen vorzugehen.

Die Umsetzung der Empfehlung, die diesem Legislativvorschlag beigefügt ist, ist auch für seine Wirksamkeit von entscheidender Bedeutung. In diesem Zusammenhang sollten die Mitgliedstaaten auch die Einführung spezieller Regeln für die Ethikkodizes von Rechtsanwälten und anderen Angehörigen der Rechtsberufe in Erwägung ziehen, um die

Beteiligung an der Einleitung von SLAPP-Klagen oder deren Verschleierung als begründeter Anspruch zu sanktionieren.

Schließlich sollte die Kommission als weitere Etappe die Brüssel-Ia-Verordnung und die Rom-II-Verordnung überprüfen, um etwaige andere Fälle betreffend die Wahl des günstigsten Gerichtsstands, die nicht unter diese Richtlinie fallen, anzugehen.

## ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Rechtsausschuss, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

**Änderungsantrag 1**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Titel**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Vorschlag für eine | Vorschlag für eine |
| RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES | RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES |
| zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor ***offenkundig unbegründeten oder*** missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) | zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) |

**Änderungsantrag 2**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Bezugsvermerk 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses,*** |

**Änderungsantrag 3**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Gemäß Artikel 10 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union haben alle Bürgerinnen und Bürger der Union das Recht, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen. In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden die „Charta“) sind unter anderem das Recht auf Achtung des | (2) Gemäß Artikel 10 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union haben alle Bürgerinnen und Bürger der Union das Recht, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen. In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden die „Charta“) sind unter anderem das Recht auf Achtung des |

| | |
|---|---|
| Privat- und Familienlebens (Artikel 7), das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten (Artikel 8), das Recht auf die Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, einschließlich der Achtung der Freiheit der Medien und ihrer Pluralität (Artikel 11), und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht (Artikel 47) vorgesehen. | Privat- und Familienlebens (Artikel 7), das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten (Artikel 8), das Recht auf die Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, einschließlich der Achtung der Freiheit der Medien und ihrer Pluralität (Artikel 11), ***die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Artikel 12), die Freiheit von Kunst und Wissenschaft (Artikel 13)*** und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht (Artikel 47) vorgesehen. ***Artikel 12 der Charta garantiert ausdrücklich das Recht jeder Person, zum Schutz ihrer Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten, ein Recht, das in Artikel 28 der Charta weiter konsolidiert wird und das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen garantiert.*** |

**Änderungsantrag 4**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Das in Artikel 11 der Charta garantierte Recht auf die Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Die Bedeutung und der Geltungsbereich von Artikel 11 der Charta sollte mit dem entsprechenden Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (im Folgenden „EMRK“) über die Freiheit der Meinungsäußerung in der Auslegung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (im Folgenden „EGMR“) gleichgesetzt werden. | (3) Das in Artikel 11 der Charta garantierte Recht auf die Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Die Bedeutung und der Geltungsbereich von Artikel 11 der Charta sollte mit dem entsprechenden Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (im Folgenden „EMRK“) über die Freiheit der Meinungsäußerung in der Auslegung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (im Folgenden „EGMR“) gleichgesetzt werden. ***Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde vom Europäischen Gerichtshof für*** |

***Menschenrechte stets als eine der „wesentlichen Grundlagen“ einer demokratischen Gesellschaft angesehen, und sowohl die Charta als auch die EMRK sehen ein sehr weit gefasstes Recht auf freie Meinungsäußerung vor.***

**Änderungsantrag 5**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 3 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3a) Wie in der ständigen Rechtsprechung des EGMR zur Auslegung der einschlägigen Bestimmungen der EMRK anerkannt wird, in deren Licht die Charta gemäß Artikel 52 Absatz 3 auszulegen und anzuwenden ist, ist das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit eng mit der Ausübung anderer Rechte und Freiheiten verknüpft, einschließlich des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und der Freiheit der Künste und Wissenschaften, einschließlich der akademischen Freiheit. In der EMRK wird den Vertragsstaaten auch eine positive Verpflichtung auferlegt, die Freiheit und den Pluralismus der Medien zu schützen und ein günstiges Umfeld für die Beteiligung an der öffentlichen Debatte zu schaffen.*** |

**Änderungsantrag 6**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 3 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3b) Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Grundrecht, das im Rahmen des Grundsatzes der „Abwägung der Rechte“ gemäß der Rechtsprechung des EGMR und im*** |

***Einklang mit Artikel 54 der Charta auszuüben ist.***

**Änderungsantrag 7**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (4) Mit dieser Richtlinie wird das Ziel verfolgt, natürliche ***und*** juristische Personen, die sich in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse öffentlich beteiligen, insbesondere Journalisten und Menschenrechtsverteidiger, vor Gerichtsverfahren zu schützen, die gegen sie angestrengt werden, um sie von der öffentlichen Beteiligung abzuhalten (gemeinhin als „strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung“ oder „SLAPP-Klage“ (strategic lawsuit against public participation) bezeichnet). | (4) Mit dieser Richtlinie wird das Ziel verfolgt, ***Mindestvorschriften auf Unionsebene festzulegen, um*** natürliche ***oder*** juristische Personen, die sich in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse öffentlich beteiligen, insbesondere Journalisten***, Medienunternehmen und -organisationen, Herausgeber*** und Menschenrechtsverteidiger, ***einschließlich der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, sowie Forscher, Wissenschaftler oder Künstler, Menschenrechtsverteidiger, Umweltschützer, Verteidiger der Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen, Aktivisten, Gewerkschaften, Blogger, Hinweisgeber oder politische Gegner*** vor Gerichtsverfahren zu schützen, die gegen sie angestrengt ***werden oder die ihnen angedroht*** werden, um sie von der öffentlichen Beteiligung abzuhalten (gemeinhin als „strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung“ oder „SLAPP-Klage“ (strategic lawsuit against public participation) bezeichnet). |

**Änderungsantrag 8**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 4 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(4a) Natürliche und juristische Personen, die sich öffentlich beteiligen, spielen eine wichtige Rolle dabei, die*** |

***öffentliche Debatte, die Grundrechte und die demokratischen Werte, die soziale Inklusion, den Umweltschutz und die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten sowie die Demokratie, die Gleichstellung der Geschlechter, die Medienfreiheit und den Medienpluralismus in der EU zu stärken.***

**Änderungsantrag 9**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (5) Journalisten leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Debatte und zur Vermittlung und Aufnahme von Informationen, Meinungen und Ideen. Daher müssen ***sie*** den nötigen Raum haben, um zu einer offenen, freien und fairen Debatte beizutragen und Desinformation, Manipulation von Informationen und Einmischung ***entgegenzuwirken***. Journalisten sollten in der Lage sein, ihre Tätigkeit wirksam auszuüben, um dafür Sorge zu tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Demokratien Zugang zu einer Vielzahl von Meinungen haben. | (5) Journalisten leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Debatte und zur Vermittlung und Aufnahme von Informationen, Meinungen und Ideen. ***Ein unabhängiger, unparteiischer, professioneller und verantwortungsvoller Journalismus sowie der Zugang zu pluralistischen Informationen sind wichtige Säulen der Demokratie.*** Daher müssen ***Journalisten*** den nötigen Raum haben, um zu einer offenen, freien und fairen Debatte beizutragen und ***unabhängig von jeglichem Druck zu berichten, denn nur so kann*** Desinformation, Manipulation von Informationen und Einmischung ***entgegengewirkt werden***. Journalisten sollten in der Lage sein, ihre Tätigkeit wirksam ***und ohne Angst*** auszuüben, um dafür Sorge zu tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Demokratien Zugang zu einer Vielzahl von Meinungen haben. ***Dennoch sehen sich Journalisten bei der Ausübung ihres Berufs einem zunehmend schwierigen Umfeld gegenüber, in dem SLAPP-Klagen zusammen mit wirtschaftlichem und politischem Druck, hoher Arbeitsbelastung, beruflicher Prekarität oder Selbstzensur eine erhebliche Bedrohung für den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen*** |

***darstellen.***

**Änderungsantrag 10**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 6**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (6) Insbesondere investigative Journalisten spielen eine zentrale Rolle bei der ***Bekämpfung*** von organisierter Kriminalität, Korruption und Extremismus. Ihre Arbeit ist besonders riskant und sie werden immer häufiger Opfer von Angriffen und Belästigungen. Damit sie ihre wichtige Rolle als Wächter über Angelegenheiten von berechtigtem öffentlichen Interesse erfüllen können, ist ein robustes System von Schutzmaßnahmen erforderlich. | (6) Insbesondere investigative Journalisten ***und Medienorganisationen*** spielen eine zentrale Rolle***, unter anderem*** bei der ***Aufdeckung*** von organisierter Kriminalität, ***Missbrauch der Amtsgewalt,*** Korruption***, Fehlverhalten, Vetternwirtschaft, Fällen von Drehtüreffekten, Grundrechtsverletzungen*** und ***gewaltbereitem*** Extremismus. Ihre Arbeit ist besonders riskant und sie werden immer häufiger Opfer von Angriffen***, Mord, Drohungen, Einschüchterungen*** und Belästigungen. Damit sie ihre wichtige Rolle als Wächter über Angelegenheiten von berechtigtem öffentlichen Interesse erfüllen können, ***ohne Angst vor Bestrafung für die Suche nach Informationen und deren Weitergabe an die Öffentlichkeit zu haben,*** ist ein robustes System von Schutzmaßnahmen ***und Sicherheitsvorkehrungen, einschließlich des Schutzes ihrer körperlichen Unversehrtheit und ihres Lebens und der Untersuchung von Morden, denen sie zum Opfer gefallen sind,*** erforderlich. |

**Änderungsantrag 11**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 7**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (7) Menschenrechtsverteidiger spielen in den Demokratien Europas ebenfalls eine wichtige Rolle, insbesondere bei der Wahrung der Grundrechte, der | (7) Menschenrechtsverteidiger spielen in den Demokratien Europas ebenfalls eine wichtige Rolle, insbesondere bei der Wahrung der Grundrechte, der |

| | |
|---|---|
| demokratischen Werte, der sozialen Inklusion, des Umweltschutzes und der Rechtsstaatlichkeit. Sie sollten in der Lage sein, sich aktiv am öffentlichen Leben zu beteiligen und sich in politischen Fragen und bei der Entscheidungsfindung Gehör zu verschaffen, ohne Angst vor Einschüchterung haben zu müssen. Menschenrechtsverteidiger sind Einzelpersonen oder Organisationen, die sich für die Verteidigung der Grundrechte und einer Vielzahl anderer Rechte einsetzen, z. B. Umwelt- und Klimarechte, Frauenrechte, Rechte von LGBTIQ-Personen, Rechte von Angehörigen einer rassischen oder ethnischen Minderheit, Arbeitsrechte oder religiöse Freiheiten. Zudem gilt es, weitere Beteiligte an der öffentlichen Debatte, wie Wissenschaftler und ***Forscher,*** angemessen zu schützen. | demokratischen Werte, der sozialen Inklusion, des Umweltschutzes***, der Geschlechtergleichstellung*** und der Rechtsstaatlichkeit. Sie sollten in der Lage sein, sich aktiv am öffentlichen Leben zu beteiligen***, die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten*** und sich in politischen Fragen und bei der Entscheidungsfindung Gehör zu verschaffen, ohne Angst vor Einschüchterung haben zu müssen. Menschenrechtsverteidiger sind Einzelpersonen***, Gruppen*** oder Organisationen, die sich für die Verteidigung der Grundrechte und einer Vielzahl anderer Rechte einsetzen, z. B. ***bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle,*** Umwelt- und Klimarechte, Frauenrechte, Rechte von LGBTIQ-Personen, Rechte von Angehörigen einer rassischen oder ethnischen Minderheit, Arbeitsrechte***, gewerkschaftliche Rechte*** oder religiöse Freiheiten. Zudem gilt es, weitere Beteiligte an der öffentlichen Debatte, wie Wissenschaftler***, Forscher, Künstler, Hinweisgeber*** und ***politische Gegner sowie Einzelpersonen*** angemessen zu schützen***, da sie ebenfalls Zielscheibe von SLAPP-Klagen sind***. |

**Änderungsantrag 12**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 7 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(7a) Wissenschaftler und Forscher, die sowohl ihr Recht als auch ihre Pflicht wahrnehmen, sich in ihrem Fachgebiet zu äußern, tragen wesentlich zum öffentlichen Diskurs und zur Verbreitung von Wissen bei und sorgen dafür, dass die demokratische Debatte auf einer fundierten Grundlage geführt werden kann. Der Einsatz von Rechtsinstrumenten zu Zwecken der Einschüchterung, mit dem versucht wird, Wissenschaftler und Forscher daran zu*** |

***hindern, über Angelegenheiten im Zusammenhang mit ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit zu kommunizieren, stellt einen unmittelbaren Verstoß gegen die akademische Freiheit dar und gefährdet die entscheidende Rolle von Wissenschaftlern in allen Bereichen ihrer Tätigkeit, auch bei der Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformation.***

**Änderungsantrag 13**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 7 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(7b) Umweltschützer spielen auch eine Schlüsselrolle beim Schutz der Grundrechte und bei der Verwirklichung der von der Europäischen Union gesetzten Umweltziele und dürfen wegen ihrer Beteiligung an Tätigkeiten zum Schutz der Menschenrechte, der Umwelt- und der Klimarechte in keiner Weise verfolgt oder belästigt werden. In den letzten Jahren sind Umweltschützer immer häufiger Opfer von Mord, Drohungen, Schikanen, Einschüchterungen, Verleumdungskampagnen, Kriminalisierung und Schikanen durch die Justiz geworden.*** |

**Änderungsantrag 14**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 7 c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(7c) Verteidiger der Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen spielen auch eine entscheidende Rolle bei der Förderung und Verteidigung der Gleichstellung der Geschlechter sowie bei der Unterstützung und dem Schutz von*** |

***Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt. Verteidiger und Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen einsetzen, werden zunehmend angegriffen und sind Bedrohungen, auch ihres Lebens, sowie Gewalt ausgesetzt, die zu Selbstzensur führt. Im Laufe der Jahre wurden SLAPP-Klagen immer häufiger eingesetzt, um Solidarität zu kriminalisieren und gegen Aktivisten vorzugehen, die sich für die Rechte von Frauen, die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte von LGBTIQ+-Personen einsetzen, um Fortschritte bei der Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter zu verhindern, was ihre Rolle als öffentliche Wächter zunehmend infrage stellt und zu dem schrumpfenden Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft in der Union beiträgt.***

**Änderungsantrag 15**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 9**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (9) Um dieses Umfeld zu fördern, müssen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vor Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung geschützt werden. Solche Gerichtsverfahren werden nicht angestrengt, um den Zugang zur Justiz zu wahren, sondern um die öffentliche Debatte zum Schweigen zu bringen, ***was in der Regel durch Belästigung*** und Einschüchterungen ***geschieht***. | (9) Um dieses Umfeld zu fördern, müssen ***natürliche oder juristische Personen, die sich öffentlich beteiligen, insbesondere*** Journalisten***, Hinweisgeber, Aktivisten, Wissenschaftler, Forscher, Künstler*** und Menschenrechtsverteidiger***, einschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften,*** vor Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung geschützt werden. Solche Gerichtsverfahren werden nicht angestrengt, um den Zugang zur Justiz zu wahren, ***um ein Recht tatsächlich geltend zu machen, zu verteidigen oder auszuüben,*** sondern um die öffentliche ***Beteiligung zu verhindern, einzuschränken oder zu sanktionieren, wobei letztlich versucht wird, die öffentliche*** Debatte zum Schweigen zu |

bringen ***und die Untersuchung und Berichterstattung über Verstöße gegen das Unionsrecht und das nationale Recht***, ***Korruption oder andere missbräuchliche Praktiken zu verhindern. Bei solchen Praktiken wird häufig auf Schikanen*** und Einschüchterungen ***zurückgegriffen***.

**Änderungsantrag 16**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 10**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (10) SLAPP-Klagen werden üblicherweise von einflussreichen Einrichtungen angestrengt, zum Beispiel von ***Einzelpersonen,*** Lobbygruppen, Unternehmen und ***staatlichen*** Organen. Oft besteht ein Machtungleichgewicht zwischen den Parteien, wobei der Kläger eine stärkere finanzielle oder politische Position hat als der Beklagte. Ein Machtungleichgewicht ist ***zwar kein unverzichtbarer*** Bestandteil solcher Fälle, ***aber wenn es vorhanden ist***, ***verstärkt es*** die ***schädlichen Auswirkungen und die abschreckende Wirkung von Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung erheblich***. | (10) SLAPP-Klagen werden üblicherweise von einflussreichen ***Einzelpersonen oder*** Einrichtungen angestrengt, zum Beispiel von Lobbygruppen, Unternehmen***, Staatsbediensteten*** und ***staatlich kontrollierten*** Organen ***und Einrichtungen, einschließlich Politikern und Justizbehörden, mit dem Ziel, die öffentliche Debatte zum Schweigen zu bringen***. ***Opfer von SLAPP-Klagen können verklagt werden, weil sie sich kritisch über ein bestimmtes Verhalten äußern oder Missstände anprangern, und*** oft besteht ein Machtungleichgewicht zwischen den Parteien, wobei der Kläger eine stärkere finanzielle oder politische Position hat als der Beklagte. Ein Machtungleichgewicht ist ***ein wichtiger und wiederholt eintretender*** Bestandteil solcher Fälle, ***kann aber in einigen Fällen***, ***die*** die ***SLAPP-Kriterien erfüllen, nicht eintreten, wenn die anderen Bestandteile, die eine SLAPP-Klage kennzeichnen, vorhanden sind***. ***Fälle, in denen kein Machtungleichgewicht besteht, sollten vorsichtig ausgelegt werden, um zu verhindern, dass gegen nichtstaatliche Organisationen, Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten, Journalisten und andere, die sich in redlicher Absicht vor Gericht gegen diffamierende Äußerungen mächtiger Akteure zur Wehr setzen, schikanöse*** |

***SLAPP-Anschuldigungen vorgebracht werden.*** Wenn ein Machtungleichgewicht vorhanden ist, verstärkt es die schädlichen Auswirkungen und die abschreckende Wirkung von Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung erheblich.

**Änderungsantrag 17**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 11**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (11) Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung können sich negativ auf die Glaubwürdigkeit und den Ruf von ***Journalisten und Menschenrechtsverteidigern*** auswirken und ihre finanziellen und sonstigen Ressourcen erschöpfen. Derartige Verfahren können dazu führen, dass die Veröffentlichung von Informationen über eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse verzögert oder gänzlich verhindert wird. Die Dauer der Verfahren und der finanzielle Druck können eine abschreckende Wirkung auf Journalisten und Menschenrechtsverteidiger haben. Derartige Praktiken können daher eine abschreckende Wirkung auf ihre Arbeit haben, indem sie in Erwartung möglicher künftiger Gerichtsverfahren zur Selbstzensur führen, wodurch die öffentliche Debatte zum Nachteil der gesamten Gesellschaft erschwert wird. | (11) Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung können sich negativ auf die Glaubwürdigkeit und den Ruf von ***natürlichen oder juristischen Personen, die sich öffentlich beteiligen,*** auswirken und ihre finanziellen und sonstigen Ressourcen erschöpfen ***sowie zu psychologischer Beeinträchtigung führen***. Derartige Verfahren können dazu führen, dass die Veröffentlichung von Informationen über eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse verzögert oder gänzlich verhindert wird. Die Dauer der Verfahren und der finanzielle Druck können eine abschreckende Wirkung auf Journalisten***, Hinweisgeber, Aktivisten, Wissenschaftler, Forscher, Künstler*** und Menschenrechtsverteidiger***, darunter die Zivilgesellschaft, nichtstaatliche Organisationen und Gewerkschaften, die sich öffentlich beteiligen,*** haben. Derartige Praktiken können daher eine abschreckende Wirkung auf ihre Arbeit haben, indem sie in Erwartung möglicher künftiger Gerichtsverfahren zur Selbstzensur führen, wodurch die öffentliche Debatte zum Nachteil der gesamten Gesellschaft erschwert wird. |

**Änderungsantrag 18**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 12**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (12) Gegen Personen, die Gegenstand von Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung sind, können gleichzeitig mehrere Verfahren anhängig sein, die mitunter in mehreren Rechtsordnungen eingeleitet werden. Verfahren, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats gegen eine Person mit Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat angestrengt werden, sind für den Beklagten in der Regel komplexer und kostspieliger. Kläger in Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung können auch verfahrenstechnische Instrumente nutzen, um die Verfahren langwieriger zu gestalten und die Kosten in die Höhe zu treiben, und Fälle vor ein Gericht in einem Rechtsraum bringen, der ihrer Ansicht nach für ihren Fall günstig ist, anstatt vor das Gericht, das am besten in der Lage wäre, über den Fall zu entscheiden. Derartige Praktiken stellen auch eine unnötige und schädliche Belastung für die nationalen Gerichte dar. | (12) Gegen Personen, die Gegenstand von Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung sind, können gleichzeitig mehrere Verfahren anhängig sein, die ***zivilrechtlicher, verwaltungsrechtlicher oder strafrechtlicher Natur sein oder eine Kombination dieser Rechtsbereiche betreffen können und*** mitunter in mehreren Rechtsordnungen eingeleitet werden. ***Bei den meisten Fällen missbräuchlicher Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung handelt es sich um strafrechtliche und innerstaatliche Fälle*** Verfahren, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats gegen eine Person mit Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat angestrengt werden, sind für den Beklagten in der Regel komplexer und kostspieliger. Kläger in Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung können auch verfahrenstechnische Instrumente nutzen, um die Verfahren langwieriger zu gestalten und die Kosten in die Höhe zu treiben, und Fälle vor ein Gericht in einem Rechtsraum bringen, der ihrer Ansicht nach für ihren Fall günstig ist, anstatt vor das Gericht, das am besten in der Lage wäre, über den Fall zu entscheiden. ***Die Dauer der Verfahren, der finanzielle Druck und die Androhung von Sanktionen sind mächtige Instrumente, um kritische Stimmen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.*** Derartige Praktiken stellen auch eine unnötige und schädliche Belastung für die nationalen Gerichte dar ***und führen zu einer missbräuchlichen Verwendung ihrer Ressourcen***. |

**Änderungsantrag 19**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 13**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (13) Die in dieser Richtlinie | (13) Die in dieser Richtlinie |

| | |
|---|---|
| vorgesehenen Schutzmaßnahmen sollten für jede natürliche oder juristische Person gelten, die sich öffentlich beteiligt. Darunter sollten auch natürliche oder juristische Personen fallen, die beruflich oder persönlich eine andere Person zu Zwecken, die unmittelbar mit der öffentlichen Beteiligung in einer Angelegenheit von öffentlichem Interesse zusammenhängen, unterstützen, ihr helfen oder ihr Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Dazu gehören beispielsweise Internetdiensteanbieter, Verlage oder Druckereien, denen ein Gerichtsverfahren droht, weil sie ***Dienstleistungen für eine*** Person ***erbringen***, gegen die ein Gerichtsverfahren anhängig ist. | vorgesehenen Schutzmaßnahmen sollten für jede natürliche oder juristische Person gelten, die sich ***direkt oder indirekt*** öffentlich beteiligt. Darunter sollten auch natürliche oder juristische Personen fallen, die beruflich oder persönlich eine andere Person zu Zwecken, die unmittelbar mit der öffentlichen Beteiligung in einer Angelegenheit von öffentlichem Interesse zusammenhängen, unterstützen, ihr helfen oder ihr Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Dazu gehören beispielsweise ***Familienmitglieder, Medienorgane,*** Internetdiensteanbieter, Verlage oder Druckereien, denen ein Gerichtsverfahren droht, weil sie ***einer*** Person, gegen die ein Gerichtsverfahren anhängig ist***, helfen, sie unterstützen oder für sie Dienstleistungen erbringen***. |

**Änderungsantrag 20**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 13 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(13a) Diese Richtlinie zielt auch darauf ab, von einer missbräuchlichen Verwendung von Maßnahmen im Vorfeld eines Verfahrens, etwa Abmahnungen und Unterlassungserklärungen, mit denen natürliche und juristische Personen, die sich öffentlich beteiligen, zum Schweigen gebracht werden sollen, abzuschrecken. Indem die Richtlinie natürlichen und juristischen Personen, die sich öffentlich beteiligen, die Instrumente an die Hand gibt, mit denen sie gegen missbräuchliche Forderungen vor Gericht wirksam vorgehen können, trägt sie auch dazu bei, solchen Einschüchterungstaktiken vorzubeugen.*** |

**Änderungsantrag 21**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 14**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (14) Diese Richtlinie sollte für jede Art von Rechtsanspruch oder Klagen zivil- oder handelsrechtlicher Art mit grenzüberschreitendem Bezug gelten, unabhängig von der Art des Gerichts. Dies schließt zivilrechtliche Ansprüche ein, die in Strafverfahren geltend gemacht werden. Dazu gehören auch vorläufige Maßnahmen und Sicherheitsmaßnahmen oder andere besondere Arten von Rechtsbehelfen, die im Rahmen anderer Instrumente zur Verfügung stehen. | (14) Diese Richtlinie sollte für jede Art von Rechtsanspruch oder Klagen zivil- oder handelsrechtlicher Art mit grenzüberschreitendem Bezug gelten, ***einschließlich der Klagen, die vor den nationalen Gerichten zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens anhängig sind,*** unabhängig von der Art des Gerichts. ***Gerichtsverfahren im Sinne dieser Richtlinie umfassen alle Verfahren vor einem Gericht in Zivilsachen. Dies schließt Klagen in beschleunigten Verfahren, etwa einstweilige Verfügungen, ein. Dies schließt ferner auch*** zivilrechtliche Ansprüche ein, die in Strafverfahren geltend gemacht werden***, zumal solche Ansprüche dem Wesen nach zivilrechtlicher und nicht strafrechtlicher Natur sind***. Dazu gehören auch vorläufige Maßnahmen und Sicherheitsmaßnahmen oder andere besondere Arten von Rechtsbehelfen, die im Rahmen anderer Instrumente zur Verfügung stehen. |

**Änderungsantrag 22**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 16**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (16) Unter öffentlicher Beteiligung ist jede Aussage oder Tätigkeit einer natürlichen oder juristischen Person zu verstehen, die in Ausübung des Rechts auf Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit in Bezug auf eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse erfolgt, wie der Erstellung, Ausstellung, Bewerbung oder sonstigen Förderung journalistischer, politischer, wissenschaftlicher, akademischer, künstlerischer, kommentierender oder satirischer Mitteilungen, Veröffentlichungen oder Werke sowie alle vorbereitenden Tätigkeiten, die unmittelbar | (16) Unter öffentlicher Beteiligung ist jede Aussage oder Tätigkeit einer natürlichen oder juristischen Person zu verstehen, die in Ausübung ***von Grund- und Menschenrechten und -freiheiten wie*** des Rechts auf Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit in Bezug auf eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse erfolgt, wie der Erstellung, Ausstellung, Bewerbung oder sonstigen Förderung journalistischer ***Inhalte, Nachrichten und aktueller Themen***, politischer, wissenschaftlicher, akademischer, künstlerischer, kommentierender oder |

damit im Zusammenhang stehen. ***Dazu*** können auch Tätigkeiten, die mit der Ausübung des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zusammenhängen, wie die Organisation von oder die Teilnahme an Lobbying-Tätigkeiten, Demonstrationen und Protesten, oder Tätigkeiten gehören, die sich aus der Ausübung des Rechts auf eine gute Verwaltung und des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf ergeben, wie das Einreichen von Beschwerden, Petitionen, verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Klagen und die Teilnahme an öffentlichen Anhörungen. ***Die öffentliche Beteiligung sollte auch vorbereitende, unterstützende oder helfende Maßnahmen einschließen, die unmittelbar und untrennbar mit der betreffenden Aussage oder Tätigkeit verbunden sind und die darauf abzielen, die öffentliche Beteiligung zu unterbinden. Darüber hinaus können darunter auch andere Tätigkeiten fallen, die der Information oder Beeinflussung der öffentlichen Meinung oder der Förderung von Maßnahmen der Öffentlichkeit dienen, darunter Aktivitäten einer privaten oder öffentlichen Einrichtung in Bezug auf eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse, wie der Organisation von oder der Teilnahme an Forschungsarbeiten, Umfragen, Kampagnen oder anderen kollektiven Maßnahmen.***

satirischer Mitteilungen, Veröffentlichungen oder Werke sowie alle vorbereitenden Tätigkeiten, die unmittelbar damit im Zusammenhang stehen. ***Ein künftiges öffentliches Interesse bezieht sich auf die Tatsache, dass eine Angelegenheit vielleicht noch nicht von öffentlichem Interesse ist, dies aber werden kann, sobald die Öffentlichkeit davon Kenntnis erlang, etwa durch eine Veröffentlichung oder eine Einzelklage. Zur öffentlichen Beteiligung*** können auch Tätigkeiten, die mit der Ausübung ***der akademischen und künstlerischen Freiheit,*** des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zusammenhängen, wie die Organisation von oder die Teilnahme an Lobbying-Tätigkeiten, Demonstrationen und Protesten, oder Tätigkeiten gehören, die sich aus der Ausübung des Rechts auf eine gute Verwaltung und des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf ergeben, wie das Einreichen von Beschwerden, Petitionen, verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Klagen und die Teilnahme an öffentlichen Anhörungen.

**Änderungsantrag 23**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 16 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(16a) Die öffentliche Beteiligung sollte auch vorbereitende, unterstützende oder helfende Maßnahmen einschließen, die unmittelbar und untrennbar mit der betreffenden Aussage oder Tätigkeit verbunden sind. Solche Maßnahmen sollten eine konkrete Handlung der*** |

***öffentlichen Beteiligung unmittelbar betreffen, auch diejenigen, die auf einer vertraglichen Verbindung zwischen der Person beruhen, die sich öffentlich beteiligt, und der Person, die die vorbereitenden, unterstützenden oder helfenden Maßnahmen durchführt. Darüber hinaus können darunter auch andere Tätigkeiten fallen, die der Information oder Beeinflussung der öffentlichen Meinung oder der Förderung von Maßnahmen der Öffentlichkeit dienen, darunter Aktivitäten einer privaten oder öffentlichen Einrichtung in Bezug auf eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse, wie der Organisation von oder der Teilnahme an Forschungsarbeiten, Umfragen, Kampagnen oder anderen kollektiven Maßnahmen. Klagen, die nicht gegen die Person gerichtet sind, die sich öffentlich beteiligt, sondern gegen eine Medienorganisation, etwa eine Internetplattform, auf der sie ihre Arbeit veröffentlichet, oder gegen das Unternehmen, das einen Text druckt oder ein Geschäft, das den Text verkauft, zu richten, könnte ein wirksames Mittel sein, um öffentliche Beteiligung zu verhindern, da ohne solche Dienste Meinungen nicht veröffentlicht werden können und sich somit nicht auf die öffentliche Debatte auswirken.***

**Änderungsantrag 24**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 17**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (17) Die öffentliche Beteiligung sollte sich im Regelfall nicht auf kommerzielle Werbe- und Marketingtätigkeiten erstrecken***, die gewöhnlich nicht in Ausübung des Rechts auf Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit erfolgen***. | (17) Die öffentliche Beteiligung sollte sich im Regelfall nicht auf kommerzielle Werbe- und Marketingtätigkeiten erstrecken. |

**Änderungsantrag 25**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 18**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (18) Der Begriff der Angelegenheit von öffentlichem Interesse sollte sich auch auf die Qualität, die Sicherheit oder andere einschlägige Aspekte von Waren, Erzeugnissen oder Dienstleistungen erstrecken, wenn diese Angelegenheiten für die öffentliche Gesundheit, die Sicherheit, die Umwelt, das Klima oder die Wahrnehmung der Grundrechte von Bedeutung sind. Eine rein privatrechtliche Streitigkeit zwischen einem Verbraucher und einem Hersteller oder Dienstleister in Bezug auf eine Ware, ein Erzeugnis oder eine Dienstleistung sollte nur dann in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen, wenn die Angelegenheit von öffentlichem Interesse ist, z. B., wenn es sich um ein Erzeugnis oder eine Dienstleistung handelt, die nicht den Umwelt- oder Sicherheitsnormen entspricht. | (18) Der Begriff der Angelegenheit von öffentlichem Interesse sollte sich auch auf die Qualität, die Sicherheit oder andere einschlägige Aspekte von Waren, Erzeugnissen oder Dienstleistungen erstrecken, ***einschließlich der Bedingungen, unter denen diese hergestellt und bereitgestellt werden,*** wenn diese Angelegenheiten für die öffentliche Gesundheit, die Sicherheit, die Umwelt, das Klima***, die Rechtsstaatlichkeit*** oder die Wahrnehmung der Grundrechte***, darunter die Arbeitnehmerrechte, die Medienfreiheit und Pluralismus, Nichtdiskriminierung, die Gleichstellung der Geschlechter und der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt,*** von Bedeutung sind. Eine rein privatrechtliche Streitigkeit zwischen einem Verbraucher und einem Hersteller oder Dienstleister in Bezug auf eine Ware, ein Erzeugnis oder eine Dienstleistung sollte nur dann in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen, wenn die Angelegenheit von öffentlichem Interesse ist, z. B., wenn es sich um ein Erzeugnis oder eine Dienstleistung handelt, die nicht den Umwelt- oder Sicherheitsnormen***, den Arbeitnehmerrechten, den Verbraucherrechten oder Menschenrechten, einschließlich des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung,*** entspricht. |

**Änderungsantrag 26**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 19 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(19a) Anschuldigungen wegen Korruption, Betrug, Geldwäsche, Veruntreuung, Erpressung, Nötigung, sexueller Belästigung und geschlechtsspezifischer Gewalt oder anderer Formen der Einschüchterung und Kriminalität, darunter auch Umweltkriminalität, sind ebenfalls Angelegenheiten von öffentlichem Interesse. Tätigkeiten zum Schutz der in Artikel 2 EUV verankerten Werte, zur Bereitstellung oder Erleichterung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Informationen im Hinblick auf die Bekämpfung von Desinformation sowie wissenschaftliche Tätigkeiten und Forschungstätigkeiten gelten ebenfalls als Angelegenheiten von öffentlichem Interesse.*** |

**Änderungsantrag 27**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 20**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (20) Bei missbräuchlichen Gerichtsverfahren handelt es sich in der Regel um bösgläubige Verfahrenstaktiken, z. B. die Verzögerung von Verfahren, das Verursachen unverhältnismäßig hoher Kosten für den Beklagten im Verfahren oder die Wahl des günstigsten Gerichtsstands. Diese Taktiken werden von den Klägern zu anderen Zwecken eingesetzt, als um Zugang zur Justiz zu erhalten. Solche Taktiken gehen oft, aber nicht immer, mit verschiedenen Formen der Einschüchterung oder Belästigung oder mit Drohungen einher. | (20) ***Missbräuchliche Gerichtsverfahren sind dadurch gekennzeichnet, dass sie in erster Linie darauf abzielen, eine öffentliche Beteiligung zu verhindern, einzuschränken oder zu bestrafen, oder dass sie eine abschreckende Wirkung auf die öffentliche Beteiligung in der betreffenden Angelegenheit erzielen sollen; sie stellen somit einen Missbrauch des materiellen Rechts oder des Verfahrensrechts dar. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze besagen, dass Rechte nicht missbraucht werden dürfen; dies ist unter anderem in Artikel 54 der Charta und Artikel 17 der EMRK festgelegt. Der missbräuchliche Charakter eines Gerichtsverfahrens ist aus der Gesamtheit der Umstände der Klage abzuleiten.*** Bei |

missbräuchlichen Gerichtsverfahren handelt es sich in der Regel um bösgläubige Verfahrenstaktiken, z. B. ***übertriebene oder überzogene Schadensersatzforderungen, die Beantragung unverhältnismäßiger vorheriger Beschränkungsmaßnahmen,*** die Verzögerung von Verfahren, das ***Anstrengen mehrerer Verfahren in ähnlichen Angelegenheiten, das*** Verursachen unverhältnismäßig hoher Kosten für den Beklagten im Verfahren oder die Wahl des günstigsten Gerichtsstands. ***Bei der Bewertung dessen, ob Klagen missbräuchlich sind, sollten auch das frühere Verhalten des Klägers und insbesondere etwaige frühere Fälle rechtlicher Einschüchterung berücksichtigt werden. Eine frühere vorzeitige Einstellung einer ähnlichen Klage als missbräuchlich sollte ein Anscheinsbeweis für den Missbrauch sein.*** Diese Taktiken werden von den Klägern zu anderen Zwecken eingesetzt, als um Zugang zur Justiz zu erhalten***, um ein Recht tatsächlich geltend zu machen, zu beanspruchen oder auszuüben, was zu einem Missbrauch des materiellen Rechts oder des Verfahrensrechts führt***. Solche Taktiken gehen oft, aber nicht immer, mit verschiedenen Formen der Einschüchterung oder Belästigung oder mit Drohungen einher***, z. B. die Androhung, SLAPP-Klagen einzureichen. Im Falle des Todes des Beklagten könnten solche missbräuchlichen Klagen sogar gegen ihre Erben fortgesetzt werden.***

**Änderungsantrag 28**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 20 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(20a) Ein weiteres wiederkehrendes Merkmal von SLAPP-Klagen ist die Ausnutzung der Überlegenheit in Bezug auf Wirtschaftsmacht, rechtliche*** |

| | |
|---|---|
| | ***Ressourcen oder politische Einflussnahme durch den Kläger, um die Öffentlichkeitsbeteiligung des Beklagten einzuschränken. Dies führt zu einem Machtungleichgewicht, das besonders besorgniserregend ist, wenn missbräuchliche Gerichtsverfahren direkt oder indirekt aus dem Staatshaushalt finanziert werden und mit anderen indirekten und direkten staatlichen Maßnahmen gegen unabhängige Medien, unabhängigen Journalismus und die Zivilgesellschaft kombiniert werden. Ein solches Machtungleichgewicht könnte in einigen Fällen, die andere Kriterien für SLAPP-Klagen erfüllen, nicht auftreten.*** |

**Änderungsantrag 29**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 23**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (23) Die Beklagten sollten in der Lage sein, einen Antrag auf die folgenden Verfahrensgarantien zu stellen: einen Antrag auf Erbringung einer Sicherheit zur Deckung der Verfahrenskosten oder der Verfahrenskosten und des Schadenersatzes, einen Antrag auf vorzeitige Einstellung eines ***offenkundig*** unbegründeten Gerichtsverfahrens, einen Antrag auf Rechtsbehelfe gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren (Erstattung der Kosten, Schadensersatz und Sanktionen) oder all diese Anträge gleichzeitig. | (23) Die Beklagten sollten in der Lage sein, einen Antrag auf die folgenden Verfahrensgarantien zu stellen: einen Antrag auf Erbringung einer Sicherheit zur Deckung der Verfahrenskosten oder der Verfahrenskosten und des Schadenersatzes, einen Antrag auf vorzeitige Einstellung eines unbegründeten Gerichtsverfahrens, einen Antrag auf Rechtsbehelfe gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren (Erstattung der Kosten, Schadensersatz und Sanktionen) oder all diese Anträge gleichzeitig. ***Gerichtsverfahren, die gegen natürliche oder juristische Personen aufgrund ihrer öffentlichen Beteiligung angestrengt werden, sollten unter Berücksichtigung der Umstände des Falles sowie des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Verfahren zügig und effizient abgewickelt werden.*** |

**Änderungsantrag 30**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 23 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(23a) Jede natürliche oder juristische Person, die die Rechte von Personen schützt oder fördert, die sich öffentlich beteiligen oder anderweitig ein Interesse an der Verteidigung der Tätigkeit der öffentlichen Beteiligung haben, gegen die eine SLAPP-Klage gerichtet ist, sollte die Möglichkeit haben, sich an diesem Verfahren zu beteiligen oder Informationen bereitzustellen, entweder zur Unterstützung des Beklagten oder mit Genehmigung des Beklagten in eigenem Namen. Diese Möglichkeit der Rechtsvertretung sollte das Recht und die Zuständigkeiten von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern unberührt lassen, sich im Einklang mit anderen Unions- und nationalen Vorschriften im Namen oder zur Unterstützung von Arbeitnehmern an Gerichtsverfahren zu beteiligen.*** |

**Änderungsantrag 31**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 25 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(25a) Verfahren gegen öffentliche Beteiligung setzen die Betroffenen einem hohen finanziellen und psychologischen Schaden aus und konfrontieren sie mit der Notwendigkeit, oft schwer zu beweisende Tatsachen wie den missbräuchlichen Charakter eines Gerichtsverfahrens nachzuweisen. In solchen Fällen sollten die Beklagten das Recht haben, vorbehaltlich ihrer vorherigen Zustimmung die erforderliche Unterstützung zu erhalten, um ihren Standpunkt geltend zu machen. Dies umfasst unter anderem Unterstützung*** |

| | |
|---|---|
| | ***und die Bereitstellung von Informationen. Der Beklagte sollte das Recht haben, sich an jede natürliche oder juristische Person zu wenden, die ein berechtigtes Interesse an der Wahrung oder Förderung der Rechte von Personen, die sich öffentlich beteiligen, hat oder über entsprechendes Fachwissen verfügt. Dazu gehören z. B. Journalisten und Wissenschaftler sowie nichtstaatliche Organisationen, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Union, internationale Organisationen und ihre Gremien, Berufs- und Interessenverbände, Gewerkschaften und andere kollektive Einrichtungen, die im Interesse des Beklagten oder mit besonderer Kenntnis des Klägers, insbesondere seines Engagements gegen die öffentliche Beteiligung, handeln.*** |

**Änderungsantrag 32**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 30**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (30) Hat ein Beklagter eine vorzeitige Einstellung beantragt, sollte es Sache des Klägers im Hauptverfahren sein, im beschleunigten Verfahren zu beweisen, dass die Klage nicht ***offenkundig unbegründet*** ist. Dies stellt keine Einschränkung des Zugangs zur Justiz dar, da der Kläger die Beweislast in Bezug auf seine Klage im Hauptverfahren trägt und ***nur die viel niedrigere Schwelle erreichen*** muss, ***um nachzuweisen,*** dass die Klage nicht ***offenkundig unbegründet*** ist, um eine vorzeitige Einstellung zu vermeiden. | (30) Hat ein Beklagter eine vorzeitige Einstellung beantragt, sollte es Sache des Klägers im Hauptverfahren sein, im beschleunigten Verfahren zu beweisen, dass die Klage nicht ***missbräuchlich*** ist. Dies stellt keine Einschränkung des Zugangs zur Justiz dar, da der Kläger die Beweislast in Bezug auf seine Klage im Hauptverfahren trägt und ***nachweisen*** muss, dass die Klage nicht ***missbräuchlich*** ist, um eine vorzeitige Einstellung zu vermeiden***, und dass der Beklagte dem Gericht bei seinem Antrag auf eine Abweisung der Klage die Anhaltspunkte für die Missbräuchlichkeit vorlegen muss***. |

**Änderungsantrag 33**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 30 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(30a) Die vorzeitige Einstellung ganz oder teilweise unbegründeter Klagen stellt keine unzulässige Verletzung des Rechts auf Zugang zur Justiz dar. Gemäß dieser Richtlinie sollten die Mitgliedstaaten den Gerichten die Möglichkeit geben, Klagen, die nicht dem Ziel dienen, für den Kläger ein Recht tatsächlich geltend zu machen, zu beanspruchen oder auszuüben, durch eine vorzeitige Einstellung abzuweisen, allerdings sollten diese Entscheidungen vom Richter auf Einzelfallbasis gefällt werden. Darüber hinaus sollten die Kläger stets das Recht haben, gegen die Entscheidung über die vorzeitige Einstellung ein Rechtsmittel einzulegen.*** |

**Änderungsantrag 34**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 34 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(34a) Die Bestimmungen und Schutzmaßnahmen dieser Richtlinie gelten entsprechend der Auslegung des Grundsatzes „tempus regit actum“[1a] durch den Gerichtshof der Europäischen Union für alle anhängigen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie und danach.*** |
| | ***----------*** |
| | ***[1a] Rechtssache C-610/10, Europäische Kommission / Königreich Spanien.*** |

**Änderungsantrag 35**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 35 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(35a) Diese Richtlinie sollte bestehende Vertretungs- und Interventionsrechte, die durch andere Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten garantiert sind, unberührt lassen.*** |

**Änderungsantrag 36**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 36**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (36) Diese Richtlinie ergänzt die Empfehlung der Kommission zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung“). Die genannte Empfehlung richtet sich an die Mitgliedstaaten und bietet ein umfassendes Instrumentarium von Maßnahmen, darunter Schulungen, Sensibilisierung, Unterstützung von Betroffenen von missbräuchlichen Gerichtsverfahren und Datenerhebung, Berichterstattung und Überwachung von Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung. | (36) Diese Richtlinie ergänzt die Empfehlung der Kommission zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung“). Die genannte Empfehlung richtet sich an die Mitgliedstaaten und bietet ein umfassendes Instrumentarium von Maßnahmen, darunter Schulungen, Sensibilisierung, Unterstützung von Betroffenen von missbräuchlichen Gerichtsverfahren und Datenerhebung, Berichterstattung und Überwachung von Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung. ***Bei der Umsetzung dieser Richtlinie sollten die Mitgliedstaaten auch sicherstellen, dass die Empfehlung der Kommission umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang sollten die Mitgliedstaaten besonders darauf achten, dass die Empfehlungen umgesetzt werden, die speziell die Aufnahme von Garantien betreffen, die den in der Richtlinie vorgesehenen Garantien für innerstaatliche Fälle entsprechen, die nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen, sowie die Bereitstellung von Rechtsbeistand für Beklagte auf erschwingliche und leicht zugängliche Weise, und sicherstellen, dass sie zu*** |

***diesem Zweck gezielte Bestimmungen in ihre nationalen Umsetzungsgesetze aufnehmen.***

**Änderungsantrag 37**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 36 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(36a) Diese Richtlinie sieht Unterstützungs- und Präventivmaßnahmen vor, darunter die Einrichtung nationaler Fonds, die von einer unabhängigen Einrichtung, etwa einer Organisation der Zivilgesellschaft und mit Unterstützung der Kommission verwaltet werden, durch die Mitgliedstaaten, nichtfinanzielle Unterstützungsmechanismen wie die Bereitstellung von Prozesskostenhilfe und psychologischer Unterstützung sowie Schulungs-, Sensibilisierungs- und Datenerhebungsmaßnahmen. Außerdem soll durch die Festlegung gemeinsamer Kriterien auf EU-Ebene die Datenerhebung sichergestellt werden. Es sollten nationale Anlaufstellen eingerichtet werden, die von der Kommission koordiniert und von unabhängigen Organisationen der Zivilgesellschaft, die die Unionsmittel verwalten, betrieben werden, um Informationen über alle Organisationen zu erheben und weiterzugeben und die Beratung und Unterstützung für Betroffene von missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung anzubieten. Zu diesen Organisationen können Verbände von Angehörigen der Rechtsberufe, Medien- und Presseräte, Dachverbände für Menschenrechtsverteidiger, Verbände auf Unions- und nationaler Ebene, Anwaltskanzleien, die Betroffene von missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung kostenfrei verteidigen, Rechtskliniken von*** |

***Hochschulen und andere nichtstaatliche Organisationen gehören.***

**Änderungsantrag 38**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 36 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(36b) Mit dieser Richtlinie sollen nicht alle SLAPP-Klagen, die gegen sich öffentlich beteiligende Personen angestrengt werden, gelöst werden. Ein besonderer Schwerpunkt sollte in Zukunft auf den Missbrauch des Strafrechts und des Verwaltungsrechts gelegt werden. Insbesondere beim Straftatbestand der Verleumdung bestand eine besondere Gefahr, dass er als Grundlage für SLAPP-Klagen missbraucht wird. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten an Lösungen arbeiten, um diese Gefahren zu bewältigen.*** |

**Änderungsantrag 39**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 36 c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(36c) Durch Schulungen sollten Journalisten, weitere Medienschaffende und Menschenrechtsverteidiger besser in die Lage versetzt werden, mit missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung umzugehen. Der Schwerpunkt sollte darauf liegen, wie sie solche Gerichtsverfahren erkennen, wie sie damit umgehen sollen, wenn sie Ziel solcher Verfahren wird, und sie sollten über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden, damit sie in der Lage sind, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sich vor solchen Verfahren zu schützen. Auch für Angehörige der Rechtsberufe sollten*** |

***Schulungen angeboten werden, um das Bewusstsein für missbräuchliche Gerichtsverfahren zu schärfen und diese Personen zu befähigen, solche Verfahren in einem sehr frühen Stadium aufzudecken.***

**Änderungsantrag 40**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 36 d (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(36d) Die Mitgliedstaaten sollten mit Unterstützung der Kommission spezielle nationale Fonds einrichten, die von einer unabhängigen Stelle wie Organisationen der Zivilgesellschaft verwaltet werden, mit denen Opfer missbräuchlicher Gerichtsverfahren unterstützt und entschädigt werden. Die nationalen Fonds sollten teilweise durch Sanktionen finanziert werden. Die aus den nationalen Mitteln bereitgestellten Mittel sollten auch an Organisationen verteilt werden, die die Opfern von SLAPP-Klagen Orientierungshilfen und Unterstützung bereitstellen, um sicherzustellen, dass diese Organisationen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, damit sie ihren Aufgaben angemessen nachkommen können.*** |

**Änderungsantrag 41**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 36 e (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(36e) Die Datenerhebung ist von entscheidender Bedeutung, um Fälle missbräuchlicher Gerichtsverfahren zu dokumentieren und Lösungen bereitzustellen, damit sie verhindert werden können. Mit dieser Richtlinie sollten gemeinsame Kriterien aufgestellt*** |

***werden, um die Datenerhebungsverfahren in den Mitgliedstaaten zu vereinheitlichen und sicherzustellen, dass vergleichbare Daten erhoben werden. Diese Daten sollten Folgendes umfassen:***

***i) die Zahl der missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung, die im betreffenden Jahr angestrengt wurden,***

***ii) – beginnend ab dem Jahr 2022 – die Zahl der missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung, die in dem betreffenden Jahr frühzeitig eingestellt wurden, da sie sich auf vollständig oder teilweise unbegründete Klagen stützten, und zwar sowohl in der Sache als auch aus verfahrensrechtlichen Gründen,***

***iii) die Anzahl der Gerichtsverfahren, aufgeschlüsselt nach der Art des Beklagten (z. B. Journalist, Menschenrechtsverteidiger, Pressestelle),***

***iv) die Anzahl der Gerichtsverfahren, aufgeschlüsselt nach der Art des Klägers (z. B. Politiker, Privatperson, Unternehmen und ob es sich bei dem Kläger um eine ausländische Einrichtung handelt),***

***v) Zahlen zu Handlungen der öffentlichen Beteiligung, aufgrund deren Gerichtsverfahren eingeleitet wurden,***

***vi) Zahlen zur geschätzten Höhe des von den Klägern ursprünglich geforderten Schadenersatzes,***

***vii) Beschreibung der verschiedenen Rechtsgrundlagen, die von den Klägern herangezogen wurden, und entsprechende Zahlen,***

***viii) Zahlen zur Dauer des Verfahrens über alle Instanzen hinweg,***

***ix) Zahlen zu grenzüberschreitenden Elementen,***

***x) soweit verfügbar, weitere Angaben, u. a. zu den Kosten von***

| | |
|---|---|
| | ***Gerichtsverfahren und, soweit relevant und angemessen, einschlägige Angaben zum historischen Hintergrund der Fälle;*** |
| | ***xi) die Art der Klage, die auf der Grundlage dieser Richtlinie und der ihr beigefügten Empfehlung angestrengt wurde.*** |

**Änderungsantrag 42**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 1 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Diese Richtlinie enthält ***Schutzmaßnahmen*** gegen ***offenkundig unbegründete*** oder ***missbräuchliche*** Gerichtsverfahren in Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug, die gegen natürliche und juristische Personen, insbesondere ***Journalisten*** und ***Menschenrechtsverteidiger***, aufgrund ihrer öffentlichen Beteiligung angestrengt werden. | Diese Richtlinie enthält ***Verfahrens- und Rechtsgarantien*** gegen ***missbräuchliche Gerichtsverfahren*** oder ***die Androhung der Einleitung von*** Gerichtsverfahren in Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug, die ***direkt oder indirekt*** gegen natürliche und***/oder*** juristische Personen ***wie Journalisten, Medienunternehmen und Rechtsverteidiger***, insbesondere ***Menschenrechtsverteidiger, Umweltschützer, Verteidiger der Rechte von Frauen*** und ***LGBTIQ+-Personen, sowie gegen Organisationen der Zivilgesellschaft, nichtstaatliche Organisationen, Aktivisten, Gewerkschaften, Künstler, Forscher, Wissenschaftler***, ***Blogger, Hinweisgeber oder die politische Opposition*** aufgrund ihrer öffentlichen Beteiligung***, auch im Internet,*** angestrengt werden. |

**Änderungsantrag 43**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 1 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1a) In dieser Richtlinie sind Mindeststandards für den Schutz natürlicher und juristischer Personen im Bereich zivilrechtlicher Verfahren festgelegt, die sich öffentlich beteiligen.*** |

***Die Umsetzung dieser Richtlinie darf unter keinen Umständen als Rechtfertigung dafür dienen, das von den Mitgliedstaaten bereits garantierte Niveau der Schutzmaßnahmen in den von dieser Richtlinie erfassten Bereichen abzusenken.***

**Änderungsantrag 44**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. „öffentliche Beteiligung“ jede Aussage oder Tätigkeit einer natürlichen oder juristischen Person, die in Ausübung ***des Rechts auf*** Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit zu einer Angelegenheit von öffentlichem Interesse erfolgt***, sowie vorbereitende***, ***unterstützende*** oder ***helfende Maßnahmen***, die ***unmittelbar damit im Zusammenhang stehen. Darunter fallen*** Beschwerden, Petitionen, verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Klagen und die Teilnahme an öffentlichen Anhörungen; | 1. „öffentliche Beteiligung“ jede Aussage oder Tätigkeit einer natürlichen oder juristischen Person, die in Ausübung ***der Grundrechte und Grundfreiheiten, etwa der*** Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit zu einer Angelegenheit von öffentlichem Interesse***, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Pressefreiheit, akademischer und künstlerischer Freiheit, der Freiheit der Wissenschaft und Kultur, des Rechts auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und des Rechts auf eine gute Verwaltung*** erfolgt***. Dies umfasst jede Tätigkeit unabhängig von der Art***, ***dem Medium*** oder ***dem Format***, die ***der öffentlichen Kontrolle, der Offenlegung, Verbreitung oder Förderung von Informationen für die Öffentlichkeit dient, wie*** Beschwerden, Petitionen, verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Klagen und die Teilnahme an öffentlichen Anhörungen ***sowie jede Form der Erstellung, der Ausstellung, des Bewerbens oder der sonstigen Förderung journalistischer, politischer, wissenschaftlicher, akademischer, künstlerischer, kommentierender oder satirischer Kommunikationen, Veröffentlichungen oder Werke. Darunter fallen auch alle unterstützenden oder vorbereitenden Tätigkeiten, insbesondere*** |

| | |
|---|---|
| | ***die Arbeit von Medienorganisationen, wie z. B. die Unterstützung einer anderen Person durch natürliche oder juristische Personen auf beruflicher oder persönlicher Basis für Zwecke, die in direktem Zusammenhang mit der öffentlichen Beteiligung an einer Angelegenheit von öffentlichem Interesse stehen***; |

**Änderungsantrag 45**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) öffentliche Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, Klima oder Wahrnehmung der Grundrechte, | a) öffentliche Gesundheit, Sicherheit, ***Medienfreiheit und -pluralismus,*** Umwelt, Klima oder Wahrnehmung der Grundrechte ***und der Menschenrechte, einschließlich Arbeitnehmerrechte, Diskriminierungsverbot, Gleichstellung der Geschlechter und Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt***, |

**Änderungsantrag 46**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) Angelegenheiten, die von den gesetzgebenden, vollziehenden oder gerichtlichen Organen ***öffentlich*** erörtert ***oder geprüft*** werden, oder andere ***öffentliche*** Verfahren, | c) Angelegenheiten, die ***öffentlich erörtert oder*** von den gesetzgebenden, vollziehenden oder gerichtlichen Organen erörtert werden, oder andere ***amtliche*** Verfahren ***sowie Handlungen oder Unterlassungen staatlicher Stellen***, |

**Änderungsantrag 47**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe d**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| d) Anschuldigungen wegen | d) Anschuldigungen wegen |

| | |
|---|---|
| Korruption, Betrug oder ***Verbrechen***, | Korruption, Betrug***, Veruntreuung, Geldwäsche, Erpressung, Nötigung sowie sexueller Belästigung und geschlechtsspezifischer Gewalt*** oder ***weiterer Formen der Einschüchterung oder jeder anderen Straftat oder Ordnungswidrigkeit***, ***einschließlich Umweltkriminalität;*** |

**Änderungsantrag 48**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe e**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| e) Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation; | e) Maßnahmen ***zum Schutz der in Artikel 2 EUV verankerten Werte und des Grundsatzes der Nichteinmischung in demokratische Prozesse sowie*** zur ***Bereitstellung oder Erleichterung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Informationen im Hinblick auf die*** Bekämpfung von Desinformation; |

**Änderungsantrag 49**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe e a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ea) akademische, wissenschaftliche und Forschungstätigkeiten;*** |

**Änderungsantrag 50**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe e b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***eb) künstlerische Tätigkeiten;*** |

**Änderungsantrag 51**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. „missbräuchliche Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung“ Gerichtsverfahren, die im Zusammenhang mit der öffentlichen Beteiligung angestrengt werden, die ***ganz*** oder ***teilweise unbegründet sind*** und deren Hauptzweck darin besteht, die öffentliche Beteiligung zu verhindern, einzuschränken oder zu sanktionieren. Anhaltspunkte für einen solchen Zweck können sein: | 3. „missbräuchliche Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung“ Gerichtsverfahren, die im Zusammenhang mit der öffentlichen Beteiligung angestrengt werden, die ***das Gerichtsverfahren zu anderen Zwecken als der tatsächlichen Geltendmachung, Feststellung*** oder ***Ausübung eines Rechts nutzen*** und deren Hauptzweck darin besteht, die öffentliche Beteiligung zu verhindern, einzuschränken oder zu sanktionieren. Anhaltspunkte für einen solchen Zweck können sein: |

**Änderungsantrag 52**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3 – Buchstabe - a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***-a) das Ausmaß, in dem die Klage offenkundig unbegründet ist;*** |

**Änderungsantrag 53**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***b) das Vorhandensein mehrerer Verfahren, die vom Kläger oder verbundenen Parteien in Bezug auf ähnliche Angelegenheiten angestrengt wurden,*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 54**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3 – Buchstabe c a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ca) die Anwendung von*** |

***Verfahrenstaktiken, die dem Beklagten unverhältnismäßige Kosten verursachen, unter anderem in Bezug auf die Wahl des Gerichtsstands oder den Einsatz von Verzögerungsanträgen;***

**Änderungsantrag 55**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3 – Buchstabe c b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***cb) das Ausnutzen einer Überlegenheit in Bezug auf Wirtschaftskraft, rechtliche Ressourcen oder politischen oder gesellschaftlichen Einfluss, um die öffentliche Beteiligung des Beklagten einzuschränken, was zu einem Machtungleichgewicht zwischen den beiden Parteien führt;*** |

**Änderungsantrag 56**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3 – Buchstabe c c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***cc) das Vorhandensein mehrerer laufender oder früherer Verfahren, die vom Kläger oder verbundenen Parteien in Bezug auf Angelegenheiten öffentlicher Beteiligung angestrengt wurden,*** |

**Änderungsantrag 57**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3 – Buchstabe c d (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***cd) eine frühere vorzeitige Einstellung einer ähnlichen Klage als missbräuchlich.*** |

**Änderungsantrag 58**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) die vorzeitige Einstellung ***offenkundig unbegründeter*** Gerichtsverfahren nach Maßgabe von Kapitel III, | b) die vorzeitige Einstellung ***missbräuchlicher*** Gerichtsverfahren nach Maßgabe von Kapitel III, |

**Änderungsantrag 59**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 5 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass Maßnahmen in Bezug auf Verfahrensgarantien nach Maßgabe der Kapitel III und IV von dem mit der Sache befassten Gericht von Amts wegen getroffen werden können. | (3) Die Mitgliedstaaten sehen vor, dass Maßnahmen in Bezug auf Verfahrensgarantien nach Maßgabe der Kapitel III und IV von dem mit der Sache befassten Gericht von Amts wegen getroffen werden können. ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass das angerufene Gericht von Amts wegen Maßnahmen nach den Artikeln 8, 14 und 15 ergreift.*** |

**Änderungsantrag 60**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 5 – Absatz 3 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Gerichtsverfahren, die gegen natürliche oder juristische Personen wegen ihrer öffentlichen Beteiligung angestrengt wurden, unter Berücksichtigung der Umstände des jeweiligen Falls, des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und des Rechts auf ein unparteiisches Gericht zügig und wirksam bearbeitet werden.*** |

**Änderungsantrag 61**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 – Überschrift**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Beteiligung Dritter | Beteiligung Dritter ***zur Unterstützung von Beklagten*** |

**Änderungsantrag 62**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein Gericht, das mit einem Verfahren gegen öffentliche Beteiligung befasst ist, die ***Beteiligung nichtstaatlicher Organisationen***, ***die die Rechte von Personen***, ***die sich öffentlich beteiligen***, ***schützen*** oder ***fördern***, an diesem Verfahren ***zulassen*** kann, um entweder den Beklagten zu unterstützen oder um ***Informationen*** zu ***liefern***. | Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein Gericht, das mit einem Verfahren gegen öffentliche Beteiligung befasst ist, ***zulassen kann, dass*** die ***Europäische Agentur für Grundrechte***, ***internationale Organisationen und ihre Gremien***, ***wie der Europarat, nichtstaatliche Organisationen oder kollektive Einrichtungen***, ***wie Gewerkschaften*** oder ***Berufsverbände***, an diesem Verfahren ***teilnehmen bzw. Informationen liefern*** kann, um entweder den Beklagten zu unterstützen oder um ***mit Genehmigung des Beklagten in eigenem Namen*** zu ***agieren***. |

**Änderungsantrag 63**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 7a*** |
| | ***Vertretung durch Dritte*** |
| | ***Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Beklagte in allen Verfahren, die unter diese Richtlinie fallen, das Recht hat, auf seinen Antrag*** |

| | |
|---|---|
| | ***eine Einrichtung, Organisation oder Vereinigung in seinem Namen handeln zu lassen.*** |

**Änderungsantrag 64**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Kapitel III – Überschrift**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Vorzeitige Einstellung ***von offenkundig unbegründeten Gerichtsverfahren*** | Vorzeitige Einstellung ***missbräuchlicher Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung*** |

**Änderungsantrag 65**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 9 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Die Mitgliedstaaten ermächtigen die Gerichte, Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung durch eine vorzeitige Einstellung ganz oder teilweise ***als offenkundig unbegründet*** abzuweisen. | (1) Die Mitgliedstaaten ermächtigen die Gerichte, ***missbräuchliche*** Gerichtsverfahren ***im Sinne von Artikel 3 Absatz 3*** gegen öffentliche Beteiligung durch eine vorzeitige Einstellung ganz oder teilweise abzuweisen. |

**Änderungsantrag 66**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 9 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) ***Die Mitgliedstaaten können Fristen für*** die ***Ausübung*** des ***Rechts,*** einen ***Antrag auf vorzeitige Einstellung zu stellen, festlegen. Die Fristen sind verhältnismäßig und machen*** die Ausübung des Rechts ***nicht unmöglich und erschweren sie nicht***. | (2) ***Der Beklagte kann in jeder Phase des Verfahrens eine vorzeitige Einstellung beantragen; sehen*** die ***Systeme*** des ***nationalen Zivilprozessrechts*** einen ***gesonderten Zulässigkeitszeitraum vor, so können die Mitgliedstaaten in diesem Stadium des Verfahrens Fristen für*** die Ausübung des Rechts***, einen Antrag auf Einstellung zu stellen, festlegen***. |

**Änderungsantrag 67**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 12 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass es in Fällen, in denen ein Beklagter einen Antrag auf vorzeitige Einstellung gestellt hat, dem Kläger obliegt, zu beweisen, dass die Klage nicht ***offenkundig unbegründet*** ist. | Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass es in Fällen, in denen ein Beklagter einen Antrag auf vorzeitige Einstellung gestellt hat, dem Kläger obliegt, zu beweisen, dass die Klage nicht ***missbräuchlich im Sinne von Artikel 3 Absatz 3*** ist. |

**Änderungsantrag 68**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Kapitel V a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Kapitel Va*** |
| | ***UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN*** |
| | ***Artikel 18a*** |
| | ***Nationaler Fonds*** |
| | ***(1) Die Mitgliedstaaten richten mit Unterstützung der Kommission einen von einer unabhängigen Einrichtung verwalteten nationalen Fonds für die Entschädigung von natürlichen oder juristischen Person ein, die infolge eines missbräuchlichen Gerichtsverfahrens gegen öffentliche Beteiligung, das nicht durch bereits bestehende nationale Regelungen zur Entschädigung von Opfern abgedeckt ist, einen Schaden erlitten haben, und zur Unterstützung von Organisationen, die denjenigen, die Ziel missbräuchlicher Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung werden, Beratung und Unterstützung angedeihen lassen.*** |
| | ***(2) Die nationalen Fonds werden teilweise durch die in Artikel 16 dieser Richtlinie vorgesehenen Sanktionen finanziert. Die Mitgliedstaaten legen die Höhe der Sanktionen fest, die den*** |

***nationalen Fonds zugewiesen werden.***

***Artikel 18b***

***Nicht-finanzielle Unterstützungsmechanismen***

***(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Personen, die sich öffentlich beteiligen, Mechanismen der nichtfinanziellen Unterstützung zur Verfügung gestellt werden. Diese Maßnahmen umfassen die Bereitstellung von Prozesskostenhilfe und psychologischer Unterstützung sowie Informationen über die Organisationen, die Beratung und Unterstützung für diejenigen, die Ziel missbräuchlicher Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung werden, anbieten. Die Unterstützung ist barrierefrei und kostenlos.***

***(2) Die Mitgliedstaat richten eine nationale Anlaufstelle ein, die von unabhängigen Organisationen der Zivilgesellschaft betrieben wird und Informationen über alle Organisationen erhebt und weitergibt und die Beratung und Unterstützung für Betroffene von missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung anbietet.***

***(3) Die Mitgliedstaaten erleichtern den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen Organisationen, die Beratung und Unterstützung für Betroffene von missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung anbieten.***

**Änderungsantrag 69**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Kapitel V b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Kapitel Vb*** |
| | ***PRÄVENTION*** |

***Artikel 18c***

***Schulungen***

***(1) Unter gebührender Achtung der Unabhängigkeit der Justiz, der Unabhängigkeit der Rechtsberufe und der Unterschiede in der Organisation der Justiz in der gesamten Union unterstützen die Mitgliedstaaten Schulungsmöglichkeiten für Angehörige der Rechtsberufe wie Richter und Justizbedienstete auf allen Gerichtsebenen, qualifizierte Rechtsanwälte sowie für potenzielle Ziele solcher Gerichtsverfahren, um das Bewusstsein für strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung und die in dieser Richtlinie gegen diese Klagen vorgesehenen Verfahrensgarantien sowie für die Bedürfnisse natürlicher oder juristischer Personen, die sich öffentlich beteiligen, zu schärfen.***

***(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Schulungsmöglichkeiten auf Einzelpersonen und Organisationen, die sich für die Öffentlichkeitsbeteiligung einsetzen, ausgeweitet werden, um ihnen spezifische Kenntnisse zu vermitteln, damit sie missbräuchliche Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung erkennen und entsprechend darauf reagieren können. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass missbräuchliche Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung insbesondere in die Lehrpläne in den Bereichen Recht und Journalismus aufgenommen werden.***

***(3) Die Mitgliedstaaten erhalten von der Kommission Unterstützung bei der Erleichterung der Ausbildung und des Austauschs über Verfahren, um so weit wie möglich gemeinsame Ziele und Methoden auf Unionsebene sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sollten sie die Beteiligung der Angehörigen der Rechtsberufe und ihrer Berufsverbände sicherstellen.***

*Artikel 18d*

*Sensibilisierung*

***(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen, z. B. Informations- und Sensibilisierungskampagnen, die sich an alle einschlägigen Interessenträger aus dem öffentlichen und privaten Sektor sowie Forschungs- und Bildungsprogramme richten, um das Wissen über strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung und über die in dieser Richtlinie festgelegten Verfahrensgarantien zu fördern, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und das Risiko oder die Gefahr solcher Klagen erheblich zu verringern. Die Mitgliedstaaten arbeiten gegebenenfalls mit allen einschlägigen Interessenträgern zusammen.***

***(2) Die Mitgliedstaaten leisten Unterstützung und liefern Informationen zur Sensibilisierung für bestehende Unterstützungsstrukturen auf Unions- und nationaler Ebene, einschließlich eines Verweises auf nationale Anlaufstellen, die Informationen über verfügbare Ressourcen sammeln und weitergeben, einschließlich über Rechtsberatung und verfügbare rechtliche Möglichkeiten der Verteidigung.***

*Artikel 18e*

*Datenerhebung*

***(1) Die Mitgliedstaaten sollten unter Berücksichtigung ihrer institutionellen Regelungen für Justizstatistiken eine oder mehrere Behörden damit beauftragen, unter uneingeschränkter Einhaltung der Datenschutzanforderungen Daten über missbräuchliche Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung, die in ihrem Zuständigkeitsbereich angestrengt wurden, zu erheben und zu aggregieren.***

***(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 dieses Artikels erstellen die Mitgliedstaaten ein Register der***

***Gerichtsentscheidungen in den unter diese Richtlinie und die dazugehörige Empfehlung fallenden Angelegenheiten. Dieses Register wird zum Zeitpunkt der Nutzung kostenlos öffentlich zugänglich gemacht und steht im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Union und der Mitgliedstaaten über den Schutz personenbezogener Daten.***

**Änderungsantrag 70**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 19a*** |
| | ***Zeitliche Anwendung*** |
| | ***Die Bestimmungen dieser Richtlinie gelten für alle missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung im Sinne von Artikel 3 Absatz 3, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung dieser Richtlinie und danach eingeleitet oder fortgesetzt werden.*** |

**Änderungsantrag 71**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 20 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission ***[fünf*** Jahre nach dem Datum der Umsetzung] alle sachdienlichen Informationen über die Anwendung dieser Richtlinie zur Verfügung. Auf der Grundlage der übermittelten Informationen legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat bis spätestens ***[sechs*** Jahre nach dem Datum der Umsetzung] einen Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie vor. Der | Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission ***[drei*** Jahre nach dem Datum der Umsetzung] ***und danach jährlich*** alle sachdienlichen Informationen über die Anwendung dieser Richtlinie zur Verfügung. Auf der Grundlage der übermittelten Informationen legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat bis spätestens ***[vier*** Jahre nach dem Datum der Umsetzung] einen ***jährlichen*** Bericht über die Anwendung |

| | |
|---|---|
| Bericht enthält eine Bewertung der Entwicklung von missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung und der Auswirkungen dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten. Dem Bericht sind, soweit erforderlich, Vorschläge zur Änderung dieser Richtlinie beizufügen. | dieser Richtlinie vor. Der Bericht enthält eine Bewertung der Entwicklung von missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung und der Auswirkungen dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten. Dem Bericht sind, soweit erforderlich, Vorschläge zur Änderung dieser Richtlinie beizufügen. ***Diese Berichte werden veröffentlicht.*** |

**Änderungsantrag 72**
**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 20 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Die Kommission bewertet auf der Grundlage der Umsetzung dieser Richtlinie über SLAPP-Klagen bei zivilrechtlichen Klagen in Strafverfahren und auf der Grundlage weiterer verfügbarer Informationen, ob weitere Maßnahmen gegen SLAPP-Klagen in Strafverfahren erforderlich sind.*** |

## VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

| | |
|---|---|
| **Titel** | Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) |
| **Bezugsdokumente – Verfahrensnummer** | COM(2022)0177 – C9-0161/2022 – 2022/0117(COD) |
| **Federführender Ausschuss**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | JURI<br>5.5.2022 |
| **Stellungnahme von**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | LIBE<br>5.5.2022 |
| **Assoziierte Ausschüsse - Datum der Bekanntgabe im Plenum** | 15.12.2022 |
| **Verfasser(in) der Stellungnahme**<br>Datum der Benennung | Ramona Strugariu<br>12.1.2023 |
| **Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme** | Anna Júlia Donáth |
| **Prüfung im Ausschuss** | 22.3.2023 |
| **Datum der Annahme** | 23.5.2023 |
| **Ergebnis der Schlussabstimmung** | +: 51<br>–: 5<br>0: 4 |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder** | Magdalena Adamowicz, Abir Al-Sahlani, Malik Azmani, Pietro Bartolo, Theresa Bielowski, Malin Björk, Vasile Blaga, Karolin Braunsberger-Reinhold, Patrick Breyer, Saskia Bricmont, Annika Bruna, Damien Carême, Clare Daly, Lena Düpont, Lucia Ďuriš Nicholsonová, Laura Ferrara, Nicolaus Fest, Sylvie Guillaume, Andrzej Halicki, Sophia in ‘t Veld, Patryk Jaki, Marina Kaljurand, Assita Kanko, Fabienne Keller, Łukasz Kohut, Moritz Körner, Alice Kuhnke, Jeroen Lenaers, Juan Fernando López Aguilar, Nuno Melo, Javier Moreno Sánchez, Maite Pagazaurtundúa, Emil Radev, Paulo Rangel, Diana Riba i Giner, Isabel Santos, Birgit Sippel, Sara Skyttedal, Vincenzo Sofo, Tineke Strik, Ramona Strugariu, Tomas Tobé, Milan Uhrík, Tom Vandendriessche, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Elena Yoncheva |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter** | Susanna Ceccardi, Gwendoline Delbos-Corfield, Loucas Fourlas, José Gusmão, Alessandra Mussolini, Matjaž Nemec, Carina Ohlsson, Thijs Reuten, Paul Tang, Róża Thun und Hohenstein, Loránt Vincze, Tomáš Zdechovský |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)** | Marie Dauchy, Vlad Gheorghe |

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

| 51 | + |
|---|---|
| NI | Laura Ferrara |
| PPE | Magdalena Adamowicz, Vasile Blaga, Karolin Braunsberger-Reinhold, Lena Düpont, Loucas Fourlas, Andrzej Halicki, Jeroen Lenaers, Nuno Melo, Alessandra Mussolini, Emil Radev, Paulo Rangel, Sara Skyttedal, Tomas Tobé, Loránt Vincze, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Tomáš Zdechovský |
| Renew | Abir Al-Sahlani, Malik Azmani, Lucia Ďuriš Nicholsonová, Vlad Gheorghe, Sophia in 't Veld, Fabienne Keller, Moritz Körner, Maite Pagazaurtundúa, Ramona Strugariu, Róża Thun und Hohenstein |
| S&D | Pietro Bartolo, Theresa Bielowski, Sylvie Guillaume, Marina Kaljurand, Łukasz Kohut, Juan Fernando López Aguilar, Javier Moreno Sánchez, Matjaž Nemec, Carina Ohlsson, Thijs Reuten, Isabel Santos, Birgit Sippel, Paul Tang, Elena Yoncheva |
| The Left | Malin Björk, Clare Daly, José Gusmão |
| Verts/ALE | Patrick Breyer, Saskia Bricmont, Damien Carême, Gwendoline Delbos-Corfield, Alice Kuhnke, Diana Riba i Giner, Tineke Strik |

| 5 | - |
|---|---|
| ECR | Patryk Jaki, Vincenzo Sofo |
| ID | Susanna Ceccardi, Nicolaus Fest |
| NI | Milan Uhrík |

| 4 | 0 |
|---|---|
| ECR | Assita Kanko |
| ID | Annika Bruna, Marie Dauchy, Tom Vandendriessche |

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung